

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0394/04

von Francesco Fiori (PPE-DE), Giorgio Lisi (PPE-DE) und Georges Garot (PSE)
an die Kommission

Betrifft: Initiative gegen den Hunger in der EU

Der alarmierende Anstieg der Zahl hungernder Menschen in Europa (sie wird auf 110 Millionen Europäer in der Union mit 25 Mitgliedstaaten geschätzt), verbunden mit der Abschaffung der Interventionsbestände als Ergebnis der neuen Leitlinien der Gemeinsamen Agrarpolitik, gibt in der Europäischen Union Anlass zu echter Besorgnis. Die Gemeinsame Agrarpolitik wäre demnach nicht mehr imstande, wie in den Verträgen vorgesehen, eine ausreichende Versorgung aller EU-Bürger und insbesondere der ärmsten unter ihnen sicherzustellen.

Gleichzeitig sind alle NRO und die Hilfsorganisationen, die täglich bei den Ärmsten im Einsatz sind, scheinbar außerstande zu handeln und ihre Aufgabe zur Wahrung des sozialen und menschlichen Zusammenhalts zu erfüllen.

Plant die Kommission, auf deren Initiative das Europäische Hilfsprogramm für die Bedürftigsten zurückgeht, in diesem Kontext eine Änderung – und für welchen Termin – der Verordnung (EWG) Nr. 3149/92¹, die es ermöglichen würde, einerseits das Vorhandensein von Vorsorgebeständen zu gewährleisten, die Praxis des Tauschhandels, die sich als einfach und wirksam erwiesen hat, auszubauen, bei Bedarf den Marktzugang zu erleichtern und die genannten Organisationen in die Bedarfsschätzung einzubeziehen?

¹ ABl. L 313 vom 30.10.1992, S. 50.